

# Von der Spartakusgruppe zur Gründung der KPD

Mitten im ersten Weltkrieg, Anfang 1916, bildete sich aus der Gruppe „Internationale“, die linke Sozialdemokraten wie Karl Liebknecht, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und andere massenmännliche, die Spartakusgruppe. Die Märzkonferenz 1916 schied deren Konstituierung ab und orientierte mit einem wissenschaftlichen Programm die revolutionären Kräfte darauf, größere Massenaktionen gegen den imperialistischen Krieg auszulösen und zu führen. Die Linien rangen sich aber noch nicht dazu durch, organisatorisch mit allen Opportunisten zu brechen und eine selbständige marxistische Partei zu schaffen. Als sich im Frühjahr 1917 die Opposition innerhalb der SPD von dieser trennte und die USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) gründete, schied sich die Spartakusgruppe dieser neuen Partei an, wahrte dabei ihre politische-ideologische Selbständigkeit und behielt sich eigene organisatorische Tätigkeit vor.

Die USPD war eine zentralistisch geführte Arbeiterpartei mit sehr unterschiedlicher politischer Zusammensetzung. Ihre rechtsströmigen Führer wollten mit ihrer Gründung den Radikalisierungsvorgang der Massen stoppen und den Übergang organisierter Arbeiter zu den Positionen der Linken verhindern. Neben linksorientierten Politikern wie Liebknecht gehörte der USPD auch das theoretische Haupt des Revisionismus, Eduard Bernstein, an. Dieser kämpfte gemeinsam mit den zentralistischen Führern Karl Kautsky, Hugo Haase an die bereits in der Vorriegezeit von den Opportunisten in die Arbeiterklasse hineingetragenen parlamentarischen Illusionen und falschen Vorstellungen über den bürgerlichen Staat an. Die besondere Gefährlichkeit der rechten USPD-Führer lag darin, daß sie ihre radikalen opportunistischen Politik mit radikalen Phrasen verdeckten und damit den Arbeitern erschwerten, zur Klarheit in den Grundfragen der Politik zu gelangen. Unter den örtlichen Spartakusgruppen wandte sich besonders die Chemnitzler unter Führung Fritz Heckeris gegen den Anschluß an die USPD. Die Spartakusführung glaubte, weil sich der USPD viele revolutionäre Arbeiter angeschlossen hatten, diese Partei von innen heraus für sich erobern zu können. Zum Anschluß kam es auch deshalb, weil mehrere hervorragende Spartakusführer, wie zum Beispiel Karl Liebknecht, der vom Zusammengehen mit den Zentralsen gewahrt hatte, zu dieser Zeit abgewandert waren. Der Anschluß der Spartakusgruppe an die USPD wurde als Verlust empfunden, die marxistisch-leninistische Partei und erwies sich als revolutionäre Arbeiter der USPD, das grundsätzliche Unterschied zwischen der mit revolutionären Phrasen verbrämten kapitalistischen Politik der zentralistischen USPD-Führung und dem konsequenten revolutionären Klassenstandpunkt der Spartakusgruppe zu begreifen. Die Spartakusgruppe blieb trotz dieser Fehlentscheidung die ideologisch füh-

rende Kraft unter den deutschen Linken, verfügte sie doch als einzige über ein wissenschaftliches Programm zur revolutionären Beendigung des Krieges, bei dessen Ausarbeitung sie sich ständig dem Leninismus annäherte. Die Spartakusgruppe wurde objektiv die führende Kraft des Prozesses, in dessen Verlauf sich die revolutionäre Partei in Deutschland herausbildete. Ideologisch grenzte sich die Spartakusgruppe zwar von den Halbrichtern der zentralistischen Politik ab, konnte aber trotz ihres steigenden Masseneinflusses, mangels einer eigenen Partei im April 1917 und im Januar 1918 nicht verhindern, daß die organisierten Kräfte des Sozialchauvinismus der SPD und des Zentrismus der USPD die sich unahnenden einheitslichen Aktionen der Arbeiterklasse abzuwehren vermochten.

Im August 1918 entstellte Karl Kautsky in seiner Schrift „Die Diktatur des Proletariats“, die marxistische Lehre von Sinn, der Revolution und der Diktatur des Proletariats, indem er formal die Begriffe „Diktatur“ und „Demokratie“ als sich einander ausschließend gegenüberstellte. Er identifizierte unzulässig „Demokratie“ mit bürgerlicher Demokratie und suggerierte den Arbeitern, daß sie in einer „reinen Demokratie“ — darunter verstand er eine „Demokratie“, in welcher die Bourgeoisie das allgemeine Wahlrecht und die Rolle der Parlamente nicht beschränkt können. Die Arbeiterklasse — demokratische Gleichberechtigung gewähre — mittels Wahlen die Menschen gewinnen, die politische Macht erobern und dann mit dieser gleichen Demokratie und den bisherigen allgemeinen Stimmrecht ihre Macht ausüben können. So stellte Kautsky der Diktatur des Proletariats die opportunistische These von der „reinen Demokratie“ gegenüber, verschleierte den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie und erweckte die Illusion, daß die Arbeiterklasse ohne proletarische Revolution und ohne Zerschlagung des alten bürgerlichen Staatsapparates in den Sozialismus hineinwachsen können. Er löfferte den Opportunisten, die Schattierung der Begründung für die Politik eines sogenannten „freien Wages“, der immer auf das Pakieren mit der imperialistischen Bourgeoisie gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des übrigen Volkes hinausläuft.

Die Spartakusgruppe kämpfte gegen diese pseudo-marxistischen Auffassungen. Da sie aber keine eigene Partei besaß, ein Teil ihrer Führer, wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, staatenlos waren, sie nur illegal arbeiten konnte, vermochte sie diese Schammutel des Antikommunismus, die sich auf die Arbeiter ergoß, schwer einzudämmen. In diesem Kampf erhielt sie durch W. I. Lenin starke Unterstützung. In Auseinandersetzung mit Kautskyanern hatte Lenin schon 1917 in seinem Werk „Staat und Revolution“ betont: „Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats setzt“ (1), und daß die Diktatur des Proletariats zur „gewaltigen Erweiterung des Demokratismus“ führt, „der zum erstmaligen Demokratismus... für das Volk wird“ (2). Im Kapitalismus dagegen ist der Demokratismus „durch den eigenen Reichen der kapitalistischen Ausbeutung stets eingeschränkt und bleibt daher im Grunde genommen stets ein Demokratismus für die Minderheit, nur für die bestehenden Klassen...“ (3). Gleichseitig wandte sich aber Lenin gegen die Unterzeichnung der Demokratie im Befreiungskampf der Arbeiterklasse, denn „eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes... bedeutet für das Proletariat eine riesige Ersicherung“ (4). Im Kampf um den Sozialismus, „das Wesen der Marschen Lehre vom Staat hat begründet“, schrieb Lenin, „wer nicht nur, daß die Diktatur einer Klasse nicht nur schiedlich für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das Proletariat, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze historische Periode, die den Kapitalismus von der „klassenlosen Gesellschaft“ von Kommunismus trennt“ (5). Lenin wies „Staat und Revolution“ wurde am Vorabend der Novemberrevolution in Deutschland bekannt, als die Grundfragen des Staates und der Revolution höchst aktuell waren und spielte eine wichtige Rolle beim ideologischen Klärungsprozeß innerhalb der deutschen Linken.

Lenin setzte sich mit der Kautsky'schen Schrift „Die Diktatur des Proletariats“ in seinem Werk „Die proletarische Revolution und der Botschaft Kautsky“ auseinander. Während Kautsky unmarxistisch die historische bedingte Formen, wie Wahlrecht, Parteien und Parlamentarismus als Demokratie schlechthin betrachtete, wies Lenin nach: „In einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft kann es keine reine, außerhalb der Klassen stehende Demokratie geben, keine Demokratie“, betonte Lenin, „das ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält. Die Geschichte kennt die bürgerliche Demokratie, die den Feudalismus abschafft, und die proletarische Demokratie, die die bürgerliche abschafft“ (6).

Lenin widerlegte die antimarxistische Konzeption Kautskys, die anstelle des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie einen Widerspruch zwischen Demokratie und Diktatur konstruierte und damit die sogenannte „theorie des dritten Weges“ zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus entschärfte, die noch heute dem Massen von Sozialdemokraten ungeglaubt wird, gründlich und leistete damit den deutschen Linken eine entscheidende Hilfe. Als sich im Herbst 1918 die herrschenden Klassen in Deutschland in einer revolutionären Situation ergab, war die deutsche Arbeiterklasse in drei politischen Richtungen gespalten. Während aber die Reformisten in der SPD und die Zentristen in der USPD Parteien basierten, fehlte den revolutionären Linken eine selbständige Partei. Trotzdem erkannte

die Spartakusgruppe ihre große historische Aufgabe. Auf ihrer bedeutungsvollen Konferenz vom 7. Oktober 1918 beschloß sie die Programm der Volksrevolution für die sofortige Beendigung des Krieges, für die revolutionäre Lösung der demokratischen Rechte und Freiheiten und für den Sturz des deutschen Imperialismus und Militarismus. In seinen Hauptzielen entsprach das Programm den in Lenin's Werk „Zwei Tabaketteln der Sozialdemokratie“ dargelegten Grundkenntnissen. Eindeutig sprach sich das Programm gegen die arbeitfeindlichen rechten SPD-Führer aus und distanzierte sich von der schwankenden Haltung der zentralistischen Führer der USPD. Damit wurde die ideologische Abgrenzung vom Opportunismus gefordert und ein weiterer Schritt zur selbständigen revolutionären Kampfpartei vollzogen. Lenin schätzte diese Konferenz hoch ein und schrieb als Antwort darauf bereits am 18. Oktober an die Spartakusgruppe, daß sie „die Ehre des deutschen Proletariats... gestiftet“ habe (7).

Nach Ausbruch der Novemberrevolution und ihrer Ausbreitung auf ganz Deutschland bildete die Führung der SPD gemeinsam mit der Führung der USPD den „Rat der Volksbeauftragten“, eine sogenannte „Revolutionäre Regierung“, weil ihr eigener Masseneinfluß allein nicht ausreichte, die Haupttätigkeit der Revolution, die zunächst im örtlichen Maßstab einheitlich handelnde Arbeiterklasse zu spalten. Vielfach gaben die sofort nach dem Verfall der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution getöteten Arbeiter- und Soldatenräte anfangs die reale Macht aus. Weil aber eine führende revolutionäre Partei fehlte, gerieten sie meist unter den Einfluß der SPD, die sie bewußt in reformistische Bahnen lenkte.

Die Spartakusgruppe erwies sich auch in der Praxis der Revolution als konsequenteste Kraft der Arbeiterklasse und des Volkes. Schon am 9. November gab sie ihre erste Zeitung „Die Rote Fahne“ als Sprachrohr der Revolution heraus, die die Errichtung der einheitlichen sozialistischen Republik und die sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sozialistischen Sowjetischen Republik forderte. Was in vielen Versammlungen von Arbeitern und Bauern unterstützt wurde, damit erkannten die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse, daß der Sieg über die deutschen Imperialisten ein festes Bündnis mit dem ersten sozialistischen Staat der Welt voraussetzte. Durch den langjährigen Einfluß der rechten Führer von SPD und USPD besaß die Mehrheit der Arbeiter parlamentarisch-demokratische Illusionen, glaubte sie, mit dem Sturz der Monarchie, der Ausrückung einer Republik und der Erringung des allgemeinen Wahlrechts bereits die politische Macht erobert und die Voraussetzung für den Sozialismus geschaffen zu haben. Die von den rechten Führern der Sozialdemokratie in die Arbeiterklasse hineingetragenen Illu-

den und die imperialistische Klassenherrschaft in Form der bürgerlich-parlamentarischen Republik zu erhalten. Zur Irrführung der Massen trug die Reaktion zugeordnet mit der Lösung für „Demokratie“ und „Wahlen zur Nationalversammlung“ auf, wie sie die rechten SPD- und USPD-Führer verbreitet hatten. Bereits 1914 hatte Friedrich Engels auf eine solche Formierung der Kräfte im Falle einer Revolution der Arbeiterklasse hingewiesen, indem er schrieb: „Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tag der Krise und am Tag nachher — die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtheit“ (8). Kautsky von der USPD hatte mit seiner revisionistischen Auffassung von der „reinen Demokratie“ die Basis mit vorbereitet, auf der sich die gesamte Reaktion einigen konnte.

Weil der Spartakusbund energisch um die Räteherrschaft kämpfte, wurde er als „antikommunistisch“ verleumdet, wurden Büro und Redaktion mehrfach überfallen. Seine Anhänger leisteten oft unter Lebensgefahr, eine unermüdete Überwachungsarbeit, ihre Führer sprachen im letzten Moment für den Spartakusbund öffentlichkeitswirksam in der „Roten Fahne“. Es gab eine marxistische Antwort auf die Grundfragen der Revolution und wies den Weg zur Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes. Es stellte einen weiteren wichtigen Schritt zur Schaffung einer marxistischen Arbeiterpartei dar, deren Notwendigkeit die Wahlen zum Reichstagskongreß erwiesen hatten. Bei diesen Wahlen reichte die politisch-ideologische und organisatorische Kraft des Spartakusbundes noch nicht aus, um gegen den Machtblock der von der SPD/USPD-Regierung bis zur organisatorischen militärischen Kontrolle des Räten zu gewinnen. Nur eine marxistische Kampfpartei hätte gegen diese Phalanx die richtige Taktik für den Kampf um demokratische Forderungen als Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus ausarbeiten und die Massen bei der Lösung dieser revolutionären Aufgaben führen können.

Am 11. Dezember beschloß der Reichstagskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte mit der SPD-Mehrheit, die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten zu übertragen und entzettelte sich damit selbst. So wurde der Reichstagskongreß mit seiner faktischen Selbstauflösung zum Wendepunkt in der Novemberrevolution. Die rechten SPD- und USPD-Führer hatten die Macht des deutschen Imperialismus und Militarismus gerettet. Nun konnte die Reaktion zur vollen Offensive übergehen, wie sich das in den Weihnachtstagen in Berlin im „konterrevolutionären Überfall auf die Volksmarschallaktion zeigte. Die SPD-Führer bedrängten inzwischen der USPD-Führer nicht mehr und so schied diese, auch unter dem Druck ihrer revolutionären Anhänger, aus der Regierung aus. Die SPD-Regierung ihren konterrevolutionären Kurs noch entschieden steuerte.

nen nutzten sie nun für ihre konterrevolutionäre Politik aus; sie suchten mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Arbeiterklasse die bürgerlich-demokratische Revolution zur sozialistischen Umwälzung weiseren Vorgehen gegen die Revolution sowie das Regierungsprogramm vom 12. November, das den Monopolisten und Junkern ausdrücklich ihr Eigentum garantierte, bewiesen, daß diese, ihrem Wesen nach bürgerliche und konterrevolutionäre Regierung der Arbeiterklasse nur eine sozialistische Entwicklung verbot. Um den revolutionären Kampf wirksamer zu führen und dafür bessere organisatorische Voraussetzungen zu schaffen, gründeten die führenden Spartakusvertreter am 11. November den „Spartakusbund“. Zur Leitung der revolutionären Massenarbeit wurde eine Zentrale geschaffen, der Hermann Dänker, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und andere angehörten. Mit dem Aufbau zur Redaktion und eines Zentralkomitees begann die organisatorische Zusammenfassung der Spartakusanhänger im ganzen Lande. Der Spartakusbund verblieb zwar als geschlossene Propagandaverbindung weiter innerhalb der USPD. Aber mit seiner Bildung begann objektiv die unmittelbare Vorbereitung einer eigenen Partei.

Der Spartakusbund versuchte, die Massen unter der Losung „Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten“ für die Weiterführung der Revolution bis zur sozialistischen Republik zu gewinnen, deren Erreichung in den Vorstellungen der Mehrheit der Arbeiter entsprach. Der Spartakusbund stellte für den Kampf der revolutionären Kräfte unter anderem die Aufgaben, die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte zu festigen und als Reichsparlament derselben zu bilden, das die politische Macht in seine Hände zu nehmen hatte. Das sollte durch Ausschaltung der Reformisten aus den Räten und durch die Bewaffnung der Arbeiter ermöglicht werden. Die Räte sollten zu wirklichen Machtorganen umgestaltet werden. Damit wäre in Deutschland unter Führung der Arbeiterklasse eine tatsächliche Volksmacht entstanden. Aber über die Grundfrage jeder Revolution, die Frage nach der Macht, herrschte in den Räten die größte Unklarheit. Das galt auch für den Volksgar, die die gesetzgebende und vollziehende Gewalt ausübten hatte. Eine Mehrheit von USPD-Angehörigen nahm zwischen der Forderung der SPD-Führer nach der bürgerlichen Nationalversammlung und der des Spartakusbundes nach der proletarischen Räteherrschaft eine typisch zentralistische Haltung ein, indem sie beides gleichzeitig haben wollte. Das bedeutete eine Absepp an die Räte und die Preisgabe der ohnehin schwachen Positionen des Volksgarates.

Auf der Grundlage des Antikommunismus schlossen sich alle konterrevolutionären Kräfte, einschließlich der rechten Führer der SPD mit dem Ziel zusammen, die Räte zu

(Fortsetzung auf Seite 5)

## Einige Probleme der marxistisch-leninistischen Fundierung

(Fortsetzung von Seite 3)

Es wurde bereits darauf verwiesen, daß die Entwicklung des Bewußtseins, die objektiven Gesetzmäßigkeiten unterliegt, planbar ist. Die Umsetzung dieser Erkenntnis geschieht, indem Ziele des Erziehungsprozesses festgelegt und Verfahren zur Realisierung angegeben werden. Von ausdehnender Bedeutung ist jedoch die Konkretheit dieser Zielvorgaben, da nur weitgehend exakt bestimmte Ziele Fixpunkte des Erziehungsprozesses sein können und, in Verbindung mit systematischer analytischer Tätigkeit die Grundlage für nach- und vergleichbare Ergebnisse bilden. Die allgemeine Bestimmung des Erziehungszieles, wie sie z. B. das Leitbild eines sozialistischen Absolventen gibt, genügt allein nicht für eine exakte Erziehungsplanung. Es ist jedoch bisher kaum der Versuch unternommen worden, die politischen Grundfragen unmittelbar in die Ziele des Bewußtseinsaufbaus aufzunehmen und Überlegungen anzustellen, welche Überzeugungen, Motive und an gesellschaftlichen Erziehungsinhalten orientierte Ideale als Triebkräfte des subjektiven Handelns dadurch herausgebildet werden können.

Ohne die exakte Bestimmung solcher Erziehungsziele ist es nicht möglich, die einzelnen Teilschritte anzugeben, die im Verlauf des Studiums die Korrektheit und Systematik des Gesamtprozesses gewährleisten. Das betrifft vor allem die Fixierung der Erziehungsziele der in den Arbeitsgruppen enthaltenen Lehrkomplexe. Auch der sehr positiv zu wertende Versuch der Selektion Informationsverarbeitend, den Studiengang in Gruppen aufzufächern und zentralistische Schwerpunkte dieser Gruppen festzulegen, konnte noch nicht die erforderliche Präzision erlangen, da die vorgelegte Bestimmung des Bildes nicht die nötige Konkretion aufwies.

Methodisch enthält dieser Gedanke einer solchen systematischen Aufgliederung des Erziehungsprozesses außerordentlich viel Anregendes. Es bietet sich die Möglichkeit, von einem präzise bestimmten Endziel ausgehend, gesamte Teilschritte solcher Gruppen anzugeben und von diesem Punkt aus gleichmäßig zu einer exakten Zielvorgabe für die komplexen Lehrveranstaltungen zu kommen, die in der jeweiligen Gruppe liegen. Auf diesem Wege verlieren die Zielbestimmungen den ihnen bisher mehr oder weniger anhänglichen Charakter der Allgemeinheit und Unverbindlichkeit und setzen klare Maßstäbe. Außerdem können durch Koordinierung der Einzel- und Etappenziele der verschiedenen Fachdisziplinen die den Prozess der ideologischen Erziehung bestimmenden Leitlinien herausgearbeitet werden.

Es bliebe zu prüfen, ob und wie die drei Bestandteile des Marxismus-Leninismus in einem so geplanten Prozess wirken und der Systemcharakter des Marxismus-Leninismus zum Tragen kommt.

1. Eine philosophische Fundierung der Natur- und technischen Wissenschaften ist vor allem dann im Sinne der Erhaltung der Einheit des Marxismus-Leninismus gegeben, wenn man sich auf einige Hauptprobleme konzentriert. Davon sollen drei herausgehoben werden:

— In Verbindung mit der Klärung politischer Grundfragen muß die Fundierung ein dialektisch-materialistisches Weltbild vermitteln, das auf

der Anerkennung objektiv existierender Gesetzmäßigkeiten und ihrer bewußten Nutzung durch die sozialistische Gesellschaft beruht.

— Die Fachausbildung muß die Fähigkeit des dialektischen Denkens entwickeln (wobei das Bewußt als Alternative gegen einseitige Abstraktion und ungenaue Modellierung gesetzt wird, die — eben in der Veranschaulichung — gewissermaßen, Zusammenhänge, Widersprüche und Qualitätsübergänge der Entwicklung durch den Denkprozess zu simulieren).

— Schließlich sollte die Fachausbildung dazu dienen, die ethischen und ästhetischen Konsequenzen der Natur- und technischen Wissenschaften und der auf ihr beruhenden beruflichen Tätigkeit bewußt zu machen.

Man sollte also die Fundierung nicht so verstehen, jede natur- oder ingenieurwissenschaftliche Aussage philosophisch begründen zu wollen, weil das in der Konsequenz dazu führen würde, daß die Philosophie in der Darstellung der Natur- und technischen Wissenschaften „überwacht“.

Auch rein zeitliche Gründe stoben einem solchen Vorgehen entgegen. Außerdem erscheint es banal, für jedes Naturgesetz eine philosophische Fundierung liefern zu wollen.

Diese Bemerkungen sollen selbstverständlich nicht ausschließen, daß an besonders geeigneten und exponierten Punkten materialistisch-philosophische Begründungen und Zusammenhänge nachgewiesen werden.

2. Die Fundierung der Natur- und technischen Wissenschaften mit den Erkenntnissen der Politischen Ökonomie sollte konzeptionell ebenfalls auf Grundfragen ausgerichtet sein. Eine außerordentlich instruktive Anleitung bietet dazu das Buch „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR“. Es kann nur angeordnet werden, was Gegenstand der weiteren Überlegungen sein muß:

— Erziehung zum Planbewußt und Planedikt, zum ökonomischen Denken, zur Anerkennung des Primats der Ökonomie gegenüber der Technik als Merkmale sozialistischer Eigenverhältnisse.

— Die wissenschaftliche Arbeit ist selbst Teil des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und unterliegt ökonomischen Gesetzen. Die ökonomischen Konsequenzen einer solchen Betrachtungsweise müssen begriffen werden.

— Der humanistische Charakter des ökonomischen Systems ist umfassend zu erläutern, damit die Ökonomie als Mittel zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft als Gemeinschaft selbstig gebildeter sozialistischer Persönlichkeiten verstanden wird.

— Der demokratische Zentralismus als Wirkungsmechanismus von Einzelleistung und kollektiver Bereinigung und als Wesensmerkmal der sozialistischen Demokratie muß von jedem sozialistischen Staatsbürger bewußt begriffen und angewendet werden.

Auch hier soll vor Einzelleistungen und Verdolbetungen gewarnt werden. Nicht alle ökonomischen Faktoren, z. B. in einer Vorlesung genannt oder erörtert, können allein und von sich aus in der angestrebten marxistisch-leninistischen Darstellungsform. Vieles ist betriebswirtschaftlicher oder organisationalwissenschaftlicher Natur und hat durchaus gesellschaftswissenschaftlichen Charakter. Aber eine Gleichsetzung von Marxismus-Leninismus und Gesellschaftswissenschaften (die eine Vielzahl Einzeldisziplinen umfassen) ist nicht möglich, da dieser allgemeine und zugleich konkreter ist als jene einwissenschaftlichen Disziplinen, die durchdringt und ihr Fundament darstellt. Der Marxismus-Leninismus ist also nicht mit sozialistischer Leitungswissenschaft, Heuristik o. ä. austauschbar.

mit ihr dialektisches Denken und Erkennen von Gesetzmäßigkeiten sowie bewußtes, ökonomisches Handeln gefördert werden, wobei die Fachausbildung einen ganz entscheidenden Beitrag dazu, daß die Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterklasse der DDR bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus und in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus richtig erkannt werden. Damit wird der einzelne befähigt, seinen Platz und seine Verantwortung im Ganzen zu finden, zu erkennen und bewußt gesamtgesellschaftlich orientiert zu handeln.

In diesem Sinne können und müssen die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus im Rahmen der marxistisch-leninistischen Fundierung genutzt werden.

Wird die in der bisherigen Art der Vorgehensweise gewährte Einheit des Marxismus-Leninismus verletzt, so ohne präzise Zielbestimmung der Erziehungs- und Bildungsprozesse und mit isolierter Betrachtung und Anwendung z. B. der marxistisch-leninistischen Philosophie oder der Politischen Ökonomie vorgegangen wird, sind vorgelegte die Grundlagen der Direktive vom 8. 8. 1970 nicht zu erfüllen.

Der Marxismus-Leninismus als ein in sich geschlossenes System wird dann nicht wirksam, weil die Einheit seiner drei Bestandteile verletzt wird. Einheitlichkeit, z. B. die Heraushebung der Philosophie als nur methodologische Grundlage, die Behandlung von Tagesfragen oder sogennannter ökonomischer Tatsachen sind letzten Endes atheistisch, da sie nicht von der Ganzheit des Marxismus-Leninismus als Wissenschaft ausgehen.

4. Wird die Förderung der Natur- und technischen Wissenschaften mit dem Marxismus-Leninismus zu durchdringen und zu fundieren, richtig verstanden und verwirklicht, werden die Fachprobleme als politische Probleme geföhrt, dann erfüllt der Natur- und Ingenieurwissenschaftler zugleich die Forderung, die man an ihn als Hochschullehrer und Erzieher stellt. In der Einheit von Marxismus-Leninismus, Natur- und technischen Wissenschaften gelingt es ihm, die Einheit von sozialistischem Revolutionär und Fachmann seinen Studenten bewußt vorzulegen. Die Vorbildwirkung, die dadurch erzielt wird, ist ungleich größer als die einer gelegentlichen akzeptierten Stellungnahme, denn sie ist in der Einheit immanent gegeben. Dabei muß sich aus dem richtig verstanden und zielorientierten politisch-wissenschaftlichen Klärungs- und Erziehungsprozess die ständige, effektive und theoretisch fundierte Auseinandersetzung mit allen Erziehungsinhalten der bürgerlichen Ideologie und kleindemagogischen Denk- und Verhaltensweisen ergeben.

5. In diesem Sinne sollte unter Konzentration der Kräfte bei Festlegung von Schwerpunkt in allen Sektionen weiter an der marxistisch-leninistischen Fundierung und der daraus ableitbaren Bestimmung der Lehrpläne, Lehrpläne und Lehrinhalte gearbeitet werden. Komplexe Verwirklichung der Direktive heißt, eine solche Aufgabeneinstellung zum direkten Gegenstand der Leistungstätigkeit zu machen.

Darauf sollten weit mehr als bisher Gedanken und Vorschläge sowie Beiträge, in denen Form und Möglichkeiten der Fundierung, wie sie einzeln oder im Kollektiv erarbeitet worden sind, zur öffentlichen Diskussion gestellt werden. Es sei noch einmal betont: Die Direktive ist ein strategisches Dokument mit hohem Allgemeinheitsgrad. Unsere Konzeption zu ihrer umfassenden Verwirklichung bedarf der ständigen Präzisierung und Konkretisierung.

Was uns fehlt, sind energische und entschlossene Schritte in dieser Richtung, ist auch mehr Mut zum Risiko. Jede Initiative ist wertvoll, der Erziehungswissenschaft außerordentlich nützlich, die gemeinsame Arbeit daran unerlässlich.

Dr. W. Bohn